

Stadtverordnetenversammlung der

Landeshauptstadt Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

11/SVV/0374

Betreff: Kein Parkeintritt										
Einreicher: Fraktion DIE LINKE					Erstellungsdatu Eingang 902:	m <u>03.0</u>	03.05.2011			
Beratungsfolg	e:						Empfehlung	Entscheidung		
Datum der Sitzur	Datum der Sitzung Gremium									
04.05.2011	Stadtverordneten	versammlun	g der Landes	shauptstadt Pots	dam					
Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam spricht sich gegen die geplante Einführung eines Eintrittsgeldes für den Park Sanssouci aus. Die Parks und Gärten der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten sind traditionell wesentlicher Bestandteil der Freizeit- und Erholungslandschaft in der Stadt Potsdam. Ein durch ein Eintrittsgeld eingeschränkter Zugang zu diesen Flächen würde zu einer Absenkung der Lebensqualität für die Potsdamerinnen und Potsdamer sowie für Gäste der Stadt führen. Die Landeshauptstadt erwartet vom Bund, vom Land Brandenburg und vom Land Berlin, dass sie ihre Verantwortung für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Stiftung wahrnehmen. Potsdam sieht sich zugleich in der Verpflichtung, in enger Zusammenarbeit mit der Stiftung einen Beitrag zur Erhaltung des Weltkulturerbes zu leisten.										
Entscheidur	gsergebnis				_					
Gremium:] 8	Sitzung am:				
☐ einstimmig	mit Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltung		überwiesen in den Au	usschuss:			
☐ erledigt		□ abgel	ehnt		<u> </u>	Wiedervorlage:				
☐ zurückgest	ellt	☐ zurüc	kgezogen							

Demografische Auswirkungen:									
Klimatische Auswirkungen:									
Finanzielle Auswirkungen?		Ja		Nein					
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)									
				ggt. Folg	eblätter beifügen				

Begründung:

Die Landeshauptstadt Potsdam wäre von der Einführung eines Eintrittsgeldes für den Park Sanssouci unmittelbar betroffen. Eine solche Maßnahme würde die Lebensqualität in der Stadt deutlich einschränken. Auch angesichts der Tatsache, dass selbst zu Zeiten der Monarchie ein freier Zugang zu den Parks gegeben war, sollten die finanziellen Probleme der Stiftung nicht durch die Schaffung solcher Zugangshürden gelöst werden.